Protokoll des Europa Workshops und BAG Sitzung

17. bis 19. Oktober 2025 in Berlin

Am **17. Oktober 2025** fand der Europaworkshop statt, der gemeinsam von der BAG Europa, dem Bundesvorstand und der Europagruppe organisiert wurde. Der Workshop bildete den Auftakt eines gemeinsamen Europa-Wochenendes und bot Raum für inhaltliche Diskussionen zu zentralen europapolitischen Fragestellungen.

Am **18. und 19. Oktober 2025** schloss sich die BAG-Europa-Sitzung an. In den Sitzungen am Samstag und Sonntag wurden die im Europaworkshop gesetzten Themen aufgegriffen, vertieft und weiterentwickelt.

Tagungsort

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Bundesgeschäftsstelle
Platz vor dem Neuen Tor 1
10115 Berlin

Foto der BAG Europa Sitzung in der Bundesgeschäftsstelle vom 18. Okt 2025

Europaworkshop

Der Europaworkshop ist eine jährlich stattfindende gemeinsame Arbeits- und Diskussionsveranstaltung der BAG Europa, des Bundesvorstands und der Europagruppe. Er bildet den Auftakt eines Europa-Wochenendes und bietet mit einer Podiumsdiskussion sowie mehreren parallelen Workshops Raum für Austausch zu zentralen europapolitischen Themen. Die dort geführten Debatten werden im weiteren Verlauf des Wochenendes in der anschließenden BAG-Sitzung aufgegriffen und vertieft, sodass ein zusammenhängender Prozess aus Diskussion, Einordnung und gemeinsamer politischer Arbeit entsteht.

Take-Aways

In den folgenden Take-Aways haben wir zentrale Erkenntnisse und inhaltliche Impulse aus dem Europaworkshop zusammengetragen. Sie basieren auf der Podiumsdiskussion, den fünf parallel stattfindenden Workshops sowie der anschließenden vertiefenden Diskussion in der BAG.

Allgemein:
EU-Recht muss unabhängig von tagespolitischen Stimmungen oder eigenen politischen Zielen konsequent verteidigt werden. Als Europapartei tragen wir hierfür besondere Verantwortung – das muss praktisch noch stärker sichtbar werden.

Zum Thema Rechtsruck: Hier helfen nicht immer die besseren Fakten, sondern es geht auch um die Art unserer Kommunikation und Kampagnenfähigkeit. Offensiv und weniger defensiv sein! In der Kommunikation nicht ständig auf eigene Fehler schauen, sondern offensiv damit sein, wofür man steht. Mehr auf emotionale Bedürfnisse eingehen, nicht Leute beschämen, Menschen wertschätzen, nicht verbessern über Lebensstil, adressatengerechte Sprache. Ein Gefühl von Zugehörigkeit schaffen, also eine Stimmung erzeugen, die Lust macht, sich uns anzuschließen und die möglichst viele Menschen einbezieht.

Wir wollen dem erstarkenden Nationalismus eine europäische Identität entgegensetzen und Europa auch durch Symbole, Songs, Kulturveranstaltungen, etc. feiern.

Wir müssen klarer definieren, was wir unter Bürokratieabbau verstehen. Bei anderen Parteien läuft der Bürokratieabbau darauf hinaus, Standards zu schleifen. Wir wollen harte, aber möglichst einfache Standards sowie deren gleichmäßige Durchsetzung und nicht ihre Abschaffung. Das müssen wir klarer kommunizieren.

Merz hat sich als Oppositionsführer immer wieder pro-europäisch profiliert. Jetzt, wenn er als Kanzler mit anderen europäischen Staats- und Regierungschefs zusammenarbeitet, kommen von ihm aber keine Vorschläge mehr zur strukturellen Stärkung Europas. Diesen Widerspruch können wir stärker sichtbar machen.

Die Weiterentwicklung und Vollendung des EU-Binnenmarkts werden wir proaktiv vorantreiben – insbesondere, um der Trump-Regierung ein zukunftsfähiges und geeintes Europa entgegenzustellen.

Die aktuelle Wende in der Verteidigungspolitik durch den russischen Angriffskrieg sollten wir als Grüne europäisch begleiten. Es liegt an uns Grünen, auch in diesem Bereich eine Europäisierung anzustoßen.

Damit die EU auch in Zukunft finanziell handlungsfähig ist, setzen wir uns für einen unabhängigen und reformierten EU-Finanzrahmen ein!

Innerhalb der Partei:
Wir müssen als Partei unsere Vision und den Weg hin zu einer föderalen Europäischen Republik klarer definieren.

Auch bei Landes- und Kommunalwahlen sollten wir unsere europäischen Themen mitdenken und sichtbar machen. Muster-Formulierungen können hier allen helfen.

Es braucht parteiinterne Räume, in denen wir strategisch über Maßnahmen gegen den Rechtsruck beraten und unsere Kampagnenfähigkeit stärken können. Dabei sollten alle Parteiebenen stärker zusammenarbeiten – insbesondere müssen die Erfahrungen und Perspektiven aus Brüssel eingebunden werden.

Die politischen Prozesse und Strukturen der EU sind vielen Menschen kaum bekannt. Als Europapartei sollten wir den Informationsfluss verbessern, frühzeitig über relevante Gesetzgebungsverfahren sprechen – idealerweise nicht nur parteiintern, sondern auch öffentlich.

Die genannten Punkte sind natürlich nicht abschließend, sondern sollen vielmehr einen kleinen Einblick in die vielen Debatten geben, die über den Tag geführt wurden. Mit der neuen Europastrategie haben wir jetzt eine gute Grundlage, um die Europaarbeit unserer Partei zu stärken. Sie wurde auf dem Europa-Workshop sehr gut aufgenommen.

Als Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Europa-Workshops und grüne Europa-Interessierte seid ihr für diese Aufgabe zentral: Redet mit Menschen in euren Kreisverbänden, Arbeitsgemeinschaften und anderen Gremien und überlegt, wie ihr bei Euch vor Ort das Thema Europa in der Partei stärker verankern könnt. Ihr seid jetzt Multiplikator*innen der Europaarbeit in unserer Partei! Wenn Ihr Hilfe oder Unterstützung dabei braucht, meldet Euch gerne per Mail bei *sven.giegold@gruene.de*.

Protokoll BAG Sitzung

Panel 1 Europa von der Wurzel denken

Moderation: Tom Gürtler
Input: Eka von Kalben, MdL, europapolitische Sprecherin der Landtagsfraktion Schleswig-Holstein, Mitglied im Ausschuss der Regionen

Inhaltlicher Input
Der Ausschuss der Regionen (AdR) ist ein beratendes Gremium der EU und vertritt die 329 Regionen Europas. In Deutschland werden die 24 Sitze durch die Bundesländer besetzt, in den meisten anderen Mitgliedstaaten erfolgt die Entsendung über die kommunale Ebene. Die Besetzung der deutschen Sitze erfolgt in einem alternierenden System mit ein bis zwei Vertreter*innen pro Bundesland. Als Neuerung wurde benannt, dass Niedersachsen seine Vertretung an die kommunale Ebene delegiert hat, was jedoch aufgrund begrenzter zeitlicher Ressourcen die Teilnahme an Sitzungen erschwert.

Die Grünen sind im AdR nur schwach vertreten. Eine gemeinsame Fraktion besteht mit Vertreter*innen der Piraten, der Cinque Stelle sowie der zypriotischen Linken. Die Zusammenarbeit mit anderen Parteifamilien ist auf dieser Ebene teilweise pragmatischer möglich als auf höheren politischen Ebenen; in Einzelfällen ist auch punktuelle Zusammenarbeit mit Vertreter*innen der ECR-Fraktion möglich.

Im Bereich Klimaschutz stehen grüne Positionen häufig isoliert. Themen wie Waldbrände wurden als geeignetes Beispiel genannt, um die konkrete Relevanz von Klimaschutzmaßnahmen auf regionaler Ebene sichtbar zu machen.

Öffentliche Wahrnehmung und Kommunikation
Das öffentliche Interesse am Ausschuss der Regionen ist insgesamt gering, auch innerhalb anderer politischer Ebenen besteht wenig Aufmerksamkeit. Teilweise kann öffentliche Wirkung durch Projektbesuche erzielt werden, die sowohl lokale Aufmerksamkeit generieren als auch konkrete positive Effekte europäischer Politik sichtbar machen. Dabei wurde betont, dass EU-Fördermittel nicht die einzige positive Erzählung über Europa sein sollten.

Als Vorschlag wurde die Entwicklung einer Plattform für Best-Practice-Beispiele genannt, etwa zu gelungenen Veranstaltungsformaten, Bildungsangeboten oder Informationsmaterialien. In diesem Zusammenhang wurde auf bereits vorhandene gute Materialien, beispielsweise der Europa-Union, verwiesen.

Einordnung und strategische Perspektive
In mehreren europäischen Ländern sind grüne Parteien strukturell schwach aufgestellt oder treten unter anderen Namen auf. Europa wurde als nächstes zentrales Feld im Kulturkampf von Autokraten und der extremen Rechten beschrieben, insbesondere mit Blick auf internationale Entwicklungen. Dem müsse eine emotionale, positive Erzählung Europas entgegengesetzt

werden. Europa solle dabei nicht als Elitenprojekt oder reines Finanzinstrument dargestellt werden, sondern als politischer Raum, der auf allen Ebenen gestaltbar ist.

Betont wurde die Notwendigkeit, die eigene Begeisterung für das europäische Projekt auch dann zu verteidigen, wenn künftig rechte Mehrheiten auf europäischer Ebene Beschlüsse fassen, die der eigenen Programmatik widersprechen. Dies bedeute keine Zustimmung zu solchen Entscheidungen, sondern die Betonung von Veränderungs- und Gestaltungsmöglichkeiten innerhalb des europäischen Systems.

Panel 2 Europäische Souveränität – handlungsfähig in stürmischen Zeiten

Workshopformat mit zwei parallelen Arbeitsgruppen

Ausgangspunkt der Diskussion war die zunehmende internationale Herausforderung Europas durch globale Machtverschiebungen, Handelskonflikte und sicherheitspolitische Krisen. Vor diesem Hintergrund wurde der Begriff der „europäischen Souveränität“ diskutiert und inhaltlich geschärft.

Organisation: Torben Wöckner

Workshop Gruppe A Handel – eigenständig, weltoffen, grün?

Moderation: Julina Mintel
Protokoll: Tom Gürtler

In der Diskussion wurde betont, dass europäische Souveränität nicht mit Abschottung oder Autarkie gleichzusetzen ist. Ziel sei vielmehr eine strategische Handlungsfähigkeit Europas in offenen, fairen und nachhaltigen globalen Strukturen. Abhängigkeiten, insbesondere von China, wurden kritisch eingeordnet. Es bestand Einigkeit darüber, dass Produktionskapazitäten wieder stärker in Europa und Deutschland aufgebaut werden sollten und eine resignative Haltung („es ist ohnehin schon verloren“) politisch nicht zielführend ist.

Den Grünen wurde eine hohe Glaubwürdigkeit im Bereich fairer und nachhaltiger Handel zugeschrieben, einschließlich Verbraucher*innenschutz. Gleichzeitig wurde kritisch angemerkt, dass in bestehenden Handelsabkommen eine klare grüne Handschrift häufig nicht erkennbar sei. Nachhaltige und faire Lieferketten müssten stärker und verbindlicher verankert werden.

Kontrovers diskutiert wurden Instrumente wie Strafzölle, Protektionismus und regulatorische Anpassungen. Vorgeschlagen wurde, innereuropäische Investitionen gegenüber außereuropäischen Investitionen steuerlich und abschreibungstechnisch zu begünstigen. Dabei wurde die Spannung zwischen wertebasierter Außenhandelspolitik und realpolitischen Notwendigkeiten gegenüber autokratischen Staaten thematisiert. Als wichtig wurde ein

selbstbewusstes europäisches Auftreten benannt, das auch gegenüber Partnern konsequente Regulierung durchsetzt.

Kritisiert wurde zudem die einseitige Perspektive in Handelsdebatten, etwa bei Umweltfragen, die nicht auf Augenhöhe geführt würden. Als strategischer Ansatz wurde vorgeschlagen, Abhängigkeiten nicht nur zu reduzieren, sondern auch gezielt gegenseitige Abhängigkeiten aufzubauen.

Ein weiterer Schwerpunkt lag auf digitaler Souveränität, die eng mit digitaler Sicherheit verknüpft ist. Diskutiert wurden unter anderem Regulierungsvorhaben im Bereich Cloud- und Datenzugriff sowie die Idee einer europäischen Bürgerinitiative zur digitalen Souveränität, um politischen Druck auf EU-Ebene aufzubauen. Die Bedeutung einer von Beginn an mitgedachten europäischen Kreislaufwirtschaft und der europäischen Normsetzungsmacht wurde hervorgehoben.

Abschließend wurde die Gefahr rechtsextremer Regierungsbeteiligungen thematisiert. Es wurde betont, dass frühzeitig Strategien entwickelt werden müssen, um mit entsprechenden Szenarien umzugehen, da viele politische Entscheidungen nach einer Machtübernahme nur schwer rückgängig zu machen sind. Für strukturschwache Regionen wurden Unterstützungsansätze wie Beratung, Vernetzung, rechtliche Unterstützung, Reichweitenteilung und Mobilisierung aus urbanen Räumen diskutiert.

Workshop Gruppe B Sicherheit – zivil, militärisch, europäisch?

Moderation: Torben Wöckner
Protokoll: Kathleen Wabrowetz
Im Fokus dieses Workshops stand die Frage europäischer Souveränität im Bereich Sicherheit und Verteidigung sowie bestehende inhaltliche Leerstellen. Ein zentraler Diskussionspunkt war die Erweiterung des Sicherheitsbegriffs um menschliche, soziale und zivile Dimensionen. Das in der Partei historisch verankerte Friedensnarrativ müsse stärker mit einem zeitgemäßen Sicherheitsverständnis verbunden werden.

Herausgestellt wurde, dass Sicherheitspolitik weiterhin überwiegend national organisiert ist und eine Europäisierung noch Zeit benötigt. Gleichzeitig wurde hierin eine Chance gesehen, sich als Partei mit klaren Konzepten zu profilieren. Der sicherheitspolitische Bereich wurde als stark männlich geprägt beschrieben, weshalb feministische und gesellschaftliche Perspektiven bewusst mitgedacht werden müssten.

Diskutiert wurden zudem Integrationspotenziale im Bereich Verteidigung und Sicherheit vor dem Hintergrund der aktuellen weltpolitischen Lage. Fragen der Verpflichtung und Verbindlichkeit gegenüber jungen Menschen, insbesondere mit Blick auf Gerechtigkeitsaspekte, wurden als bislang zu wenig beachtet benannt.

Ein weiterer Schwerpunkt lag auf zivilem Katastrophenschutz. Angesichts aktueller Bedrohungslagen wurde die Notwendigkeit transnationaler Strukturen und eines stärkeren europäischen Katastrophenschutzes betont. Die Debatte um Wehrpflicht wurde aufgegriffen; ein verpflichtendes Gesellschaftsjahr für alle wurde als gerechter Ansatz bewertet, der weiterverfolgt werden sollte.

Abschließend wurde festgehalten, dass ein erweiterter Sicherheitsbegriff und ein europäisches Verteidigungskonzept zentrale Unterscheidungsmerkmale grüner Politik gegenüber anderen Parteien darstellen.

Panel 3 Europäische Finanzen

Diskussion zum künftigen Mehrjährigen Finanzrahmen der EU

Moderation: Kathleen Wabrowetz
Input: Rasmus Andresen, Mitglied des Europäischen Parlaments,
Georg McCutcheon, EU Policy Advisor Heinrich-Böll-Stiftung

Ausgangslage und Rahmenbedingungen
Gegenstand der Diskussion waren die Planungen für den nächsten Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) der Europäischen Union. Der MFR wird jeweils für sieben Jahre aufgestellt, der aktuelle Zeitraum umfasst die Jahre 2021 bis 2027. Die Europäische Kommission definiert hierfür politische Prioritäten und weist den einzelnen Politikfeldern feste Budgets zu. Durch die langfristige Mittelbindung, insbesondere in Programmen, besteht nur geringe Flexibilität, um kurzfristig auf neue politische oder geopolitische Entwicklungen zu reagieren.

Im Zuge der anstehenden Verhandlungen zum neuen MFR wird erneut über die Einführung zusätzlicher Eigenmittel der EU diskutiert. Seitens der Kommission wurden dabei auch neue Vorschläge eingebracht, etwa eine Abgabe auf Elektroschrott oder eine Unternehmenssteuer. Diese stoßen insbesondere in den nordischen Mitgliedstaaten auf Skepsis.

Mit dem Instrument NextGenerationEU ist die EU erstmals in größerem Umfang in eine gemeinsame Schuldenfinanzierung eingestiegen. Ob dieses Modell auch im kommenden MFR fortgeführt werden kann, ist derzeit offen.

Politische Debatte und Konfliktlinien
Die parlamentarische Debatte zum neuen MFR verläuft kontrovers. Besonders strittig sind die Zukunft der Kohäsionsmittel sowie der Agrarförderung. Auch aus grüner Perspektive werden die Vorschläge der Kommission kritisch bewertet, eine grundsätzliche Blockade des MFR wird jedoch derzeit mehrheitlich nicht unterstützt. Die Klimaquote im EU-Haushalt steht dabei besonders unter Druck von rechter Seite.

Als zentrale Ziele wurden benannt, die parlamentarische Kontrolle durch das Europäische Parlament zu sichern und auszubauen sowie eine Reform des MFR hin zu mehr Flexibilität voranzubringen. Diese Flexibilität dürfe jedoch nicht zulasten des sozialen Ausgleichs gehen. Kritisch gesehen wurde zudem eine stärkere Zentralisierung der Kohäsionsmittel auf nationaler Ebene, da dies die Gefahr birgt, dass Mittel nach politischem Ermessen verteilt werden.

Verhandlungsspielräume und offene Fragen
Es wurde hervorgehoben, dass die Kommission unter Präsidentin Ursula von der Leyen auf grüne Zustimmung zum MFR angewiesen ist. Die derzeitige Mehrheitskonstellation im Parlament („von-der-Leyen-Koalition") gilt als einzige realistische Grundlage für eine Einigung, was den Grünen Verhandlungsspielräume eröffnet.

Offen bleibt der Umgang mit EU-Mitteln aus Mitgliedstaaten, gegen die Verfahren nach Artikel 7 EUV laufen und deren Gelder eingefroren sind, etwa im Fall Ungarns. Hier schuldet die Kommission weiterhin Antworten, insbesondere zur Frage, ob diese Mittel gezielt zur Stärkung demokratischer Strukturen eingesetzt werden können.

Zukunftsinvestitionen und Prioritäten
Diskutiert wurde der Vorschlag eines Wettbewerbsfähigkeitsfonds, der Investitionen in zentrale Zukunftsbereiche bündeln soll, darunter digitaler Wandel, Gesundheit und Biotechnologie, Dekarbonisierung sowie Verteidigung und Weltraum. Grundsätzlich wurde dieser Ansatz begrüßt und als mit grünen Forderungen vereinbar eingeschätzt. Entscheidend sei jedoch die konkrete Schwerpunktsetzung und Mittelverteilung zwischen diesen Bereichen.

Es wurde davon ausgegangen, dass der kommende MFR insgesamt nicht deutlich umfangreicher ausfallen wird als der vorherige. Die Nutzung einer Unternehmensabgabe zur Finanzierung des Wiederaufbaus der Ukraine wurde als politisch angreifbar eingeschätzt, insbesondere von rechter Seite. Gleichwohl wurde betont, dass diese Option nicht vorschnell verworfen werden sollte, solange die Kommission keine tragfähigen Alternativen vorlegt.

Panel 4 Europäische Demokratie(n)

Diskussion zur Verteidigung demokratischer Strukturen in Deutschland und Europa

Moderation: Christian Beck
Input: Victoria Gulde, Strategie-Campaignerin bei Campact e.V.,
Alexandra Geese, Mitglied des Europäischen Parlaments

Ausgangsfrage und Zielsetzung
Aufbauend auf der Europaworkshop-Session „Wie verteidigen wir unsere Demokratie" wurde diskutiert, welchen Beitrag die Partei und die BAG Europa zur Stärkung und Verteidigung demokratischer Strukturen leisten können. Im Fokus standen dabei die Rolle von Bündnissen, die Mobilisierung der Zivilgesellschaft sowie konkrete Strategien gegen autoritäre und rechtsextreme Entwicklungen in Europa.

Strategische Ansätze und politische Einordnung

Betont wurde die Notwendigkeit, Präsenz zu zeigen und gleichzeitig dezentral zu denken. Insbesondere in regionalen Hochburgen der extremen Rechten müsse demokratische Politik sichtbar und ansprechbar sein. Zugleich wurde die Frage nach einem langfristigen progressiven Zukunftsprojekt („Projekt 2029“) aufgeworfen. Diese Debatte habe eine hohe Abstraktionsebene, sei für die konkrete politische Arbeit vor Ort jedoch schwer vermittelbar, müsse aber dennoch geführt und in verständliche Narrative übersetzt werden.

Der verbreitete Glaube, Wähler*innen rechtsextremer Parteien würden sich bei Regierungsbeteiligung automatisch abwenden, wurde als Mythos bezeichnet. Empirische Befunde zeigten eine hohe Loyalität dieser Wähler*innengruppen. Entsprechend wurde dafür plädiert, rechtsextreme Akteure beim Wort zu nehmen und davon auszugehen, dass sie in Regierungsverantwortung ihre angekündigten Angriffe auf Zivilgesellschaft und demokratische Institutionen umsetzen würden.

Zivilgesellschaft, Bündnisse und staatliche Resilienz

Als gefährlich wurde der Versuch beschrieben, Teile der Zivilgesellschaft gegeneinander auszuspielen oder zu relativieren, nach dem Motto, einzelne Organisationen seien weniger betroffen. Internationale Beispiele zeigten, dass autoritäre Entwicklungen alle treffen können. Daraus wurde die Notwendigkeit breiter, auch neuer Bündnisse abgeleitet. Vorgeschlagen wurde ein Ansatz des „radikalen Pragmatismus“, der klare Werte mit politischer Handlungsfähigkeit verbindet und dabei auch moderate konservative Akteur*innen einschließt.

Hervorgehoben wurde zudem, dass staatliche Institutionen und deren Beschäftigte selbst stärker geschützt werden müssen, da sie zunehmend Ziel politischer Angriffe und Einschüchterung sind.

Kommunikation, Agendasetting und soziale Fragen

Für die Grünen wurde ein verstärktes Agendasetting eingefordert. Visionen müssten wieder klarer formuliert und zugleich so konkret wie möglich ausgestaltet werden. In diesem Zusammenhang wurde auch die Bedeutung sozialer Gerechtigkeit betont. Eine offene Umverteilungsdebatte sei notwendig, bei der insbesondere die reichsten 0,1 Prozent stärker in die Verantwortung genommen werden. Armut dürfe nicht mit Scham belegt werden, und unterschwellige Abwertungen zwischen Stadt und Land oder ein „von oben herab“-Narrativ seien zu vermeiden, da sie Wut und politische Entfremdung erzeugen.

Digitale Öffentlichkeit und Regulierung

Der Aufstieg autoritärer Kräfte seit 2011 wurde in Zusammenhang mit der wachsenden Bedeutung großer Plattformen wie Facebook und Meta gebracht. Algorithmische Verstärkung von Hass, Hetze und Desinformation begünstige extreme Positionen. Der Einsatz von Bots und Influencer*innen sei vergleichsweise einfach und kostengünstig. Die wirtschaftlichen Interessen großer Tech-Unternehmen stünden wirksamer Regulierung entgegen, da diese Geschäftsmodelle infrage stellen könnte.

Die Anwendung bestehender europäischer Digitalregulierung wurde kritisch eingeordnet. Zwar werde diese formell verteidigt, tatsächlich aber häufig nur zurückhaltend umgesetzt. Daraus wurde die Forderung nach stärkerer europäischer digitaler Infrastruktur abgeleitet, um demokratische Resilienz zu erhöhen.

Abschließend wurde darauf verwiesen, dass Instrumente wie europäische Bürgerinitiativen zur digitalen Souveränität dazu beitragen können, öffentliche Aufmerksamkeit zu erhöhen und politische Debatten auf europäischer Ebene zu stärken.

Panel 5 Nach der Grünen Welle kommt die Rückströmung

Diskussion zur Verteidigung und Verankerung grüner Erfolge auf europäischer Ebene und Umgang mit Erstärkung von konservativen und rechten Kräften.

Moderation: Tom Gürtler

Änderung Das Panel musste aufgrund kurzfristiger Absagen von Referent*innen verkürzt und in veränderter Form stattfinden. Statt eines Panels mit inhaltlichen Input wurde eine offene Diskussion geführt, in der gemeinsam Ideen und Perspektiven ausgetauscht wurden. Das Sprecherinnen-Team prüft, im neuen Jahr eine digitale Veranstaltung zu diesem Themenkomplex zu organisieren.

Verankerung grüner Politik und gesellschaftliche Wirkung
Zentraler Diskussionspunkt war, dass grüne Politik und grüne Erfolge stärker konkretisiert und alltagsnah vermittelt werden müssen. Abstrakte Zielsetzungen oder langfristige Transformationspfade seien für viele Menschen schwer greifbar. Entscheidend sei, politische Erfolge so zu übersetzen, dass sie im direkten Lebensumfeld erfahrbar werden – etwa auf kommunaler Ebene oder in konkreten Verbesserungen des Alltags.

Dabei wurde betont, dass politische Maßnahmen, die nicht umgesetzt oder nicht sichtbar werden, gesellschaftlich kaum wirksam sind. Grüne Politik müsse daher konsequent auf Umsetzung, Erfahrbarkeit und spürbare Wirkung ausgerichtet sein. Nur so könne Vertrauen aufgebaut und langfristige Unterstützung gesichert werden.

Bündnisse, Akteur*innen und wirtschaftliche Einbindung
Ein weiterer Schwerpunkt lag auf der Frage, wie grüne Politik über das eigene Milieu hinaus getragen werden kann. Die Einbindung unterschiedlicher gesellschaftlicher Akteur*innen – etwa aus Wirtschaft, Zivilgesellschaft, Gewerkschaften oder Kommunen – wurde als zentral angesehen. Dabei wurde auch die Rolle grüner wirtschaftsnaher Netzwerke thematisiert.

Diskutiert wurde zudem die Idee, grüne politische Ziele und Erfolge stärker über positive Anreize, Anerkennung und gemeinsame Standards sichtbar zu machen. Dabei wurde hervorgehoben, dass Glaubwürdigkeit, Transparenz und öffentliche Kontrolle entscheidend sind, um Vertrauen zu sichern und Greenwashing zu vermeiden.

Kommunikation, Desinformation und politische Gegenstrategien
Am Beispiel aktueller politischer Auseinandersetzungen wurde aufgezeigt, wie gezielt Desinformation und rechte Kampagnen eingesetzt werden, um grüne Politik zu diskreditieren. Daraus wurde die Notwendigkeit breiter, stabiler Bündnisse abgeleitet, die solchen Angriffen gemeinsam entgegentreten können. Grüne Erfolge müssten nicht nur politisch verteidigt, sondern auch kommunikativ aktiv erklärt und eingeordnet werden.

Abschließend wurde betont, dass erfolgreiche grüne Politik dort am stärksten wirkt, wo sie konkrete Verbesserungen schafft und Menschen aktiv einbindet. Die Verteidigung grüner Erfolge erfordert daher nicht nur politische Mehrheiten, sondern auch eine kontinuierliche gesellschaftliche Verankerung durch sichtbare, erlebbare und nachvollziehbare Politik.

Panel 6 Aktuelles aus dem Bundestag

Einblicke in die aktuelle europapolitische Lage in Berlin

Moderation: Kathleen Wabrowetz
Input: Toni Hofreiter, Vorsitzender des Europaausschusses im Deutscher Bundestag

Aktuelle finanz- und wirtschaftspolitische Einordnung
Es wurde festgestellt, dass Austeritätspolitik derzeit vor allem auf europäischer Ebene stattfindet, während in Deutschland durch die Reform der Schuldenbremse neue finanzielle Spielräume entstanden sind. Offen sei jedoch, inwieweit die zusätzlich verfügbaren Mittel tatsächlich zielgerichtet und strategisch sinnvoll eingesetzt werden. Die europäische Haushalts- und Fiskalpolitik bleibe damit ein zentrales Spannungsfeld.

Wahrnehmung deutscher Europapolitik
In der europäischen Wahrnehmung sei Friedrich Merz derzeit anschlussfähiger als Olaf Scholz, insbesondere weil ihm zugeschrieben werde, stärker den Austausch mit europäischen Partnern zu suchen. Positiv hervorgehoben wurde zudem die verbesserte Zusammenarbeit zwischen dem Kanzleramt und dem Europaausschuss des Bundestages. Dies sei maßgeblich auf die Rolle von Michael Clauß als europapolitischem Berater zurückzuführen. Das Auswärtige Amt agiere aktuell stärker ausführend im Verhältnis zum Kanzleramt.

Industriepolitik und globale Konkurrenz
China wurde als zentraler Akteur beschrieben, der strategisch nahezu alle relevanten Industriezweige angreift. Auch wenn die Investitionen nicht immer zielgerichtet erfolgen, sei langfristig davon auszugehen, dass diese Strategie erfolgreich ist, da Europa dem damit verbundenen Dumpingdruck kaum standhalten könne. Bereits heute stammen rund 95 Prozent der Solartechnologie und etwa 70 Prozent der Windenergietechnologie aus China.

Deutschland wurde als einziges europäisches Land beschrieben, das noch über Industrie auf Weltniveau verfügt. Vergleichbare industrielle Kapazitäten existieren global ansonsten vor allem in China, Japan und Südkorea. Für die Zukunftsfähigkeit der europäischen und

insbesondere der deutschen Automobilindustrie sei der erfolgreiche Übergang zur Elektromobilität entscheidend.

Sicherheits- und Verteidigungspolitik
Im Bereich der Verteidigung wurde ein dringender Bedarf an stärkerer gemeinsamer europäischer Beschaffung militärischer Güter benannt. Insbesondere kleinere Mitgliedstaaten seien mit den finanziellen Lasten nationaler Alleingänge überfordert. Kritisch eingeordnet wurde eine als europaskeptisch wahrgenommene Haltung des Bundesverteidigungsministers sowie ein starker Fokus auf nationale Strukturen. Der politische Druck zu mehr europäischer Zusammenarbeit komme derzeit vor allem aus den Mitgliedstaaten an den EU-Außengrenzen, insbesondere aus Skandinavien und Osteuropa.

Deutschland müsse künftig bereit sein, in europäischen Verhandlungsprozessen auch eine „Bad-Cop"-Rolle einzunehmen, da die USA diese Rolle nicht mehr verlässlich ausfüllen. Als möglicher handlungsfähiger Kern für vertiefte Zusammenarbeit wurde der Ostseeraum genannt, etwa im Sinne einer verstärkten Zusammenarbeit oder einer „Coalition of the Willing" aus gleichgesinnten, pro-europäischen Staaten.

Rechtlicher Rahmen und institutionelle Reformen
Kritisch diskutiert wurde die aktuelle Ausgestaltung der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO), die als komplex beschrieben wurde, ohne in der aktuellen Lage ausreichend Schutz zu bieten. Auch beim AI Act wurde die Frage aufgeworfen, ob er in seiner derzeitigen Form und innerhalb der bestehenden institutionellen Strukturen den gewünschten Mehrwert entfalten kann.

Mit Blick auf institutionelle Reformen der Europäischen Union wurde betont, dass grundlegende Änderungen des Vertragswerks ohne die Zustimmung kleiner Mitgliedstaaten nicht umsetzbar sind. Vor diesem Hintergrund wurde eine Abschaffung des Vetorechts als derzeit nicht realistisch eingeschätzt.

Länderberichte

Bayern berichtet von Margret
Am 8. März 2026 findet die Kommunalwahl statt. Das Kommunalwahlprogramm profitiert von Europa-Bausteinen des AK sowie Papieren aus Berlin. Die LAG Europa, Frieden und Internationales führte zwei Veranstaltungen zu den Themen Wasser und Wehrpflicht durch. In der kommenden Woche ist eine Veranstaltung zu Wegen zur Europäischen Republik geplant.

Berlin berichtet von Heiko
Seit März arbeitet ein neues Sprecher*innen-Team (Heiko, Lukas, Mascha und Kathleen). Thematische Schwerpunkte wurden auch mit Blick auf den Wahlkampf gesetzt. Es wurden Änderungsanträge und inhaltliche Inputs für das Wahlprogramm erarbeitet, Kathleen war Teil

des Schreibteams. Ein Schwerpunkt liegt auf Europa-Mainstreaming. Gemeinsam mit der AG Mitte wurde eine Videoaktion aus Brüssel umgesetzt, um die LAG vorzustellen und auch Menschen außerhalb der grünen Bubble zu erreichen. Zudem sind gemeinsame Aktionen mit Mitgliedern des Abgeordnetenhauses, Initiativen und der Zivilgesellschaft geplant.

Bremen berichtet von Tobias
Der Sprecherinnenposten der LAG ist aktuell vakant. Sollte bis zum Jahresende keine weibliche Sprecherin gewählt werden, droht der Verlust des LAG-Status. Es wird jedoch davon ausgegangen, dass noch eine Kandidatin gefunden wird. Zudem steht eine Landesvorstandswahl an.

Hamburg berichtet von Claudia
In Hamburg besteht weiterhin eine Koalition aus GRÜNEN und SPD. Beim „Zukunftsentscheid Hamburg", der eine frühere Klimaneutralität zum Ziel hatte, mussten sich die GRÜNEN aufgrund der Koalitionslage gegen den Entscheid positionieren. In der LAG werden aktuell viele internationale Themen diskutiert, insbesondere Fragen von Krieg und Frieden mit Schwerpunkten auf Gaza und Taiwan.

Hessen berichtet von Gabriele
Die LAG FREI ist eine große und aktive Gruppe mit mehreren Untergruppen und zahlreichen Veranstaltungen. Thematische Schwerpunkte sind unter anderem Sicherheitspolitik, Lieferkettengesetz, Souveränität sowie die Verteidigung der Demokratie gegen Big Tech. Zudem wird am Kommunalwahlprogramm gearbeitet, insbesondere mit Blick auf den Europa-Anteil.

Niedersachsen berichtet von Anke und Christian
Die LAG Frieden, Internationales & Europa organisierte eine Veranstaltung zu Gaza mit Sven. Die nächste Sitzung findet am Donnerstag statt. Im Vorfeld der anstehenden LDK liegt ein Fokus auf kommunalen Themen.

Nordrhein-Westfalen berichtet von Liliane
Es wurde über die Kommunalwahlen berichtet. Die LAG befasste sich in einer Sitzung mit der Kommunalwahl und entsprechenden kommunalen Bausteinen. Zudem fand eine Veranstaltung dazu statt, wie Kommunen auch nach der Wahl stärker europäisch denken können. Mit Blick auf die Landtagswahl 2027 beginnt der Programmprozess voraussichtlich gegen Ende des Jahres.

Sachsen berichtet von Elias
In Sachsen wurden neue Landessprecher*innen gewählt. Zudem ist eine gemeinsame Veranstaltung mit tschechischen und polnischen Grünen geplant.

Sachsen-Anhalt berichtet von Till
Die LAG befindet sich in einer Neuaufstellung und hat ein neues Sprecher*innen-Team gewählt.

Mit Blick auf die anstehenden Landtagswahlen im kommenden Jahr ist die Lage schwierig. Die AfD liegt bei rund 40 Prozent, die GRÜNEN derzeit bei etwa 3 Prozent.

Schleswig-Holstein berichtet von Iris
Die LAG hat ein neues Team gewählt. Berichtet wurde zudem von einem grünen Wahlerfolg in Schleswig-Holstein, bei dem ein grüner Bürgermeister als unabhängiger Kandidat gewählt wurde. Eine große deutsche Delegation nahm an der Journee d'été der französischen Grünen teil. Zudem plant Iris die Teilnahme an einer Veranstaltung der EELV zu Kommunalwahlen.

Thüringen berichtet von Max, Bea und Tom
Die LAG Internationales ist derzeit wenig aktiv, die Arbeit der BAG wirkt jedoch motivierend. Der Thüringer LV hat die Kampagne "Rotstift Thüringen" gestartet, die auf Streichungen im Landeshaushalt aufmerksam machen soll. Für die kommende LDK wurde ein Merchandise-Paket bei der Europagruppe angefragt - das kam sehr gut an. Die EP-Fraktion hat die besten grünen Merchartikel.

Weitere Berichte

Bundestagsfraktion berichtet von Kathleen
Kathleen arbeitet im Verbindungsbüro der Grünen Bundestagsfraktion in Brüssel, das aus vier Personen besteht, zwei in Brüssel und zwei in Berlin. Eine neue Europastrategie sorgt für Bewegung in den Strukturen. Europagruppe und Bundestagsfraktion wollen künftig enger zusammenarbeiten. Zudem wird eine europapolitische Vorausschau erarbeitet.

EP-Fraktion / Brüssel berichtet von Christian Beck
Die Fraktionsprioritäten wurden im Rahmen einer Klausur nachgeschärft. Thematische Schwerpunkte sind unter anderem Big Tech und Medienmacht, Wohnen, Angriffe auf die Zivilgesellschaft sowie Umweltverschmutzung. Eine Influencer-Strategie wird verfolgt, die sowohl bezahlte Reichweiten als auch den Aufbau eigener Influencer-Strukturen umfasst.

GRÜNE JUGEND / FYEG berichtet von Liliana, Christina und Tom
Die Fachforen sollen perspektivisch abgeschafft bzw. überdacht werden. Auf dem BuKo wurde dazu eine neue Strukturkommission gewählt. Das Fachforum Internationales hat mit Bennet einen neuen alten Koordinator. Europa wird innerhalb der GJ zunehmend kritisch gesehen. Positiv hervorgehoben wurde die Wahl von Lena Zehne, einem GJ-Mitglied, in den Vorstand der FYEG.

Nicht vertreten
Rheinland-Pfalz, Saarland, Baden-Württemberg, Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg

Bericht aus den Arbeitskreisen

Arbeitskreis Mehrjähriger Finanzrahmen MFR berichtet von Kathleen
Der Arbeitskreis hat sich frühzeitig mit dem Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) befasst. Bereits vor der Veröffentlichung des Kommissionsentwurfs wurde ein eigenes Positionspapier erarbeitet. Nach Vorlage des Entwurfs wurde eine Synopse-Tabelle erstellt, die die grünen Überlegungen mit dem Vorschlag der Kommission vergleicht. Die Zuständigkeiten in den entsprechenden Ausschüssen des Europäischen Parlaments sind derzeit noch nicht abschließend geklärt.

Arbeitskreis Europäische Republik berichtet von Stefan und Tom
Der Arbeitskreis wurde zu einer Sitzung der LAG Bayern eingeladen. Diese fand am Donnerstag, den 23.10.2025, zum Thema „Wege zur Europäischen Republik" statt. Die nächste reguläre Sitzung des Arbeitskreises ist für den 29.10.2025 um 19 Uhr geplant, eine weitere Sitzung soll im November stattfinden. Die BAG-Sitzung im Februar 2026 in Brüssel wird gemeinsam mit dem Arbeitskreis organisiert und soll die Europäische Republik als zentrales Hauptthema haben.

Arbeitskreis Civic Spaces berichtet von Torben
Der Arbeitskreis ruht derzeit, soll jedoch wiederbelebt werden. Geplant sind Schulungsformate für Kreisverbände. Bei Interesse können sich Mitglieder an Torben wenden, da Jenny derzeit verhindert ist.

Arbeitskreis Verteidigungsprogrammatik berichtet von Torben
Der Arbeitskreis ist zahlenmäßig groß, verzeichnet aktuell jedoch eine vergleichsweise geringe aktive Mitarbeit. Die dynamische politische Lage in Brüssel und den europäischen Hauptstädten erschwert eine kontinuierliche inhaltliche Begleitung. Positiv hervorgehoben wurde der gute Austausch mit der EELV, von der eine Übersetzung ihres Positionspapiers zur Verfügung gestellt wird.

Arbeitskreis Kommunale Bausteine berichtet von Liliane
Der Arbeitskreis arbeitet am Europa-Mainstreaming in den Kommunen. Die kommunalen Bausteine wurden bereits erfolgreich in Nordrhein-Westfalen und Bayern eingesetzt und sollen weiter ausgebaut werden. Zudem ist geplant, eine Übersicht bzw. Liste relevanter Initiativen zu erstellen.

Weitere Berichte

Nadine berichtete, dass die BAG Globale Entwicklung und die BAG Digitales und Medien gemeinsam einen neuen Arbeitskreis „Global Digital" gründen. Eine Mitwirkung ist auch für Mitglieder der BAG Europa vorgesehen. Bei Interesse können sich Interessierte direkt an Nadine wenden.

Sonstiges

Die nächste Sitzung der BAG Europa findet vom **05. bis 08.02.2026 in Brüssel** statt.

Für die Sitzung wird es ein Kontingent von etwa **30 Teilnehmenden** geben, die über die EP-Fraktion eingeladen werden. Der genaue Ablauf dieses Verfahrens wird in den kommenden Wochen geklärt und über den Mailverteiler sowie die Signal-Gruppe kommuniziert. Grundsätzlich ist eine Teilnahme für alle Interessierten möglich. Die Anmeldung wird mit dem Versand der offiziellen Einladung geöffnet.

Delegierte Mitglieder der BAG, die nicht über eine Einladung ins Europäische Parlament anreisen, klären bitte im Vorfeld selbstständig mit ihrem jeweiligen Landesverband, inwieweit Kosten für die Teilnahme an einer Sitzung in Brüssel übernommen werden können. Entsprechende Informationen finden sich in den jeweiligen Landesfinanzordnungen. Bei Problemen, offenen Finanzierungsfragen oder allgemeinen Rückfragen steht das Sprecher*innen-Team jederzeit zur Verfügung.

Inhaltlich umfasst die kommende BAG-Europa-Sitzung unter anderem die Wahl eines neuen Sprecher*innen-Teams, Gespräche mit Europaabgeordneten, eine Führung durch das Europäische Parlament, einen Thementag zur Europäischen Republik sowie weitere Programmpunkte mit Gästen aus dem Brüsseler Umfeld, darunter auch internationale Gäste. Wir freuen uns auf die kommende Sitzung mit euch.

Vielen Dank, dass du das Protokoll bis hierhin gelesen/überflogen hast.

Vive l'Europe